

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Vor einigen Monaten forderte der DGB eine massive Kursänderung an. Millionen heute noch junger Menschen würden sonst von sozialem Abstieg und Altersarmut betroffen sein - aufgrund des sinkenden Rentenniveaus.

Der DGB hat Recht.

Aber der soziale Abstieg hat heutzutage viele Gesichter.

**Wer länger arbeitslos ist oder in der Leiharbeit feststeckt,
fällt sicher in Armut - und er weiß, dass erst recht seine**

Rente zu keinem würdigen Leben mehr reichen wird. Selbst wer durchgängig arbeitet, mit seinem Gehalt aber nicht weit über den Mindestlohn hinauskommt, wird in der Altersarmut landen.

Eine längere Krankheit kann heute schnell zum Anfang des sozialen Abstiegs werden, auch wenn man einigermaßen gut verdient.

Die Hartz-IV Falle ist immer gegenwärtig.

Die Zahl der Kinder in armen Haushalten wächst unaufhaltsam.

Die herrschende Politik hält dazu Sonntagsreden oder vergießt ein paar Krokodiltränen. Ansonsten nimmt sie es hin. Denn das sind gewollte Ergebnisse. Es sind die Ergebnisse von über 10 Jahren Agenda 2010-Politik, die mit systematischer

Schikane und Entwürdigung eine ganze Schicht in sozialen Abstieg und Armut gedrückt hat. Die Angst, dass es einem genauso ergehen könnte, hat sich bis weit in die Mittelschichten hineingefressen.

Das erleichtert die Lohndrückerei und die vielen Formen prekärer Arbeit, ausbeuterischer Arbeit, Leiharbeit, Werkverträge.

Wir haben heute 5 Mio. Vollzeit Arbeitsplätze weniger als früher. Gerade in Deutschland ist der Bildungserfolg von Kindern nicht von der eigenen Begabung, sondern vom sozialen Status und von den ökonomischen Verhältnissen der Familie abhängig. Das ist ein Schritt zurück in die **Ständegesellschaft.**

Soziale Spaltung und Demokratiedefizite überwinden.

Bankenrettung, soziale Ungerechtigkeit, mangelnde Mitgestaltung und Ignoranz haben dazu geführt, dass Millionen Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in unseren Staat und unsere Demokratie verloren haben. Sie fühlen sich zu Recht abgehängt, man hat sie zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse degradiert.

Es besteht kein Interesse mehr an ihrer Teilhabe, oder daran, dass sie wieder aus dem Armutsloch herausfinden.

Das erzeugt Passivität, Resignation, auch Wut und Hass, und die Suche nach Sündenböcken und nach einfachen Lösungen.

Diese unerträgliche Situation macht es rechtsnationalen Organisationen und Parteien wie der AFD leicht diese Wut zu nutzen und zu bündeln. Den Vormarsch recht nationaler Parteien können wir nur stoppen, wenn wir die soziale Spaltung in der Europäischen Union überwinden und Demokratiedefizite aufheben.

Gerade die Verhandlungen um TTIP und CETA haben gezeigt, dass wir zur Durchsetzung von Transparenz und Demokratie in der EU noch viel zu tun haben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sie haben in Ihrer Haushaltsrede von schwierigen Haushaltsjahren gesprochen.

Das sieht DIE LINKE im Stadtrat Alzey auch so. Wir kritisieren, dass der Bund immer mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagert, ohne finanziellen Ausgleich hierfür zu schaffen.

Übrigens das tun wir jedes Jahr und wir werden es auch weiterhin kritisieren solange sich an diesem Verhalten nichts ändert. Auf gut deutsch gesagt, wird diese Kritik wohl auch nächste paar Jahren drinstehen weil sich nicht abzeichnet das die Politik auf Bundesebene in diese Richtung sich verändert.

Wir meinen aber auch:

Diese Stadt muss aufpassen das die Ausschussarbeit nicht unterlaufen werden indem man in den letzten Stunden vor den Sitzungen plötzlich Tischvorlagen in Millionenschweren Volumen vorlegt. Man muss den Mandatsträgern die Möglichkeiten der Überprüfung lassen. Es darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, wenn Millionen in den Sand gesetzt werden wie bei der in Planung befindlichen Feuerwehr. Projekte sollten auf Ihr Preis Leistung und Nutzen gut überdacht werden und nicht der Schönheit willen durchgedrückt werden. Nutzen und Kosten sollten gut abgewogen werden.

Abschließend bedanken wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die gute Vorbereitung.

Wir werden sehr geehrter Herr Bürgermeister als Fraktion dem Haushaltsplan 2017 zustimmen mit der Bitte die kritischen Punkte auf die wir als Kommune Einfluss nehmen können entsprechend zu berücksichtigen.

Vielen Dank!

Definition:

Ständegesellschaft:

Im Mittelalter sehen die Menschen die Welt als von Gott erschaffenes, geordnetes Ganzes. Die Ordnung der Gesellschaft in Stände spiegelt dieses göttliche System wider und sichert den sozialen Frieden.